



Globale Kriegsgefahr: Wer bedroht wen und warum?



Grafik: Friedensjournal

- Weltpolitik am Scheidepunkt?
- Kiew zündelt mit US-amerikanischer Deckung
- Machtpotenzial des Westens und der EU erodiert
- Ampel-Koalition: Bekenntnisse zu NATO und Militarisierung
- Feindbilder und allgemeine Debattenkultur
- „Respektvoll streiten!“ - Vorschläge für ein zerrissenes Land



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2022/Nr. **1**

Globale Kriegsgefahr: Wer bedroht wen und warum?

Inhalt	
Weltpolitik am Scheidepunkt?	3
Kiew zündelt mit US-amerikanischer Deckung	6
UN-Erklärung gegen Verherrlichung des Nazismus	7
Machtpotenzial des Westens und der EU erodiert	8
Ampel-Koalition: Bekenntnisse zur NATO und Militarisierung	10
Abschlussklärung zum Bundesweiten Friedensratschlag 2021	11
Feindbilder und Debattenkultur	12
„Respektvoll streiten!“ - Vorschläge für ein zerrissenes Land	14
Aufruf gegen die Siko 2022	16
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.1.2022	

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und
weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab
2010.

ISSN 2193-9233

In eigener Sache

Wir bitten die Leser*Innen um Überweisung eines jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 Euro.
Eine entsprechende Zahlkarte liegt in der Ausgabe für Abonnenten bei.
Leser*Innen aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Konfrontation zwischen Nato und Russland hat sich in den letzten Wochen und Monaten dramatisch zugespitzt.

Alexander Neu als früherer Osteuropa-Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE ordnet in seinem Beitrag die jüngsten Entwicklungen vor dem Hintergrund der seit den 90er Jahren betriebenen Osterweiterung der Nato ein, mit denen die jüngsten russischen Gegenreaktionen und Forderungen nachvollziehbar werden.

Ulrich Heyden berichtet regelmäßig aus Moskau, u.a. auf den Nachdenkseiten. Wir haben für diese Ausgabe eine seiner jüngsten Analysen übernommen, die ein sehr differenziertes Bild nach der Videokonferenz der Präsidenten Putin und Biden gibt.

Die derzeitige Eskalation hängt eng zusammen mit dem Niedergang der wirtschaftlichen und politischen Macht des „Westens“. Dazu wurden von der Redaktion der **German Foreign Policy** einige Zahlen zusammen gestellt, die wir redaktionell aufbereitet haben.

Eine zentrale Aussage dieses Beitrages lautet: *„Das Militär könnte deshalb zentrale Bedeutung beim Versuch des Westens erhalten, die schwindende globale Dominanz gegen China zu verteidigen.“*

Neben den wirtschaftlichen und politischen Niedergang erleben wir derzeit aber noch einen ganz anderen Niedergang, nämlich in den sozialen Umgangsformen und der Debattenkultur.

Dieses trägt wesentlich dazu bei, dass die Wahrnehmung der realen Kriegsgefahr kaum vorhanden ist. Dieses unterscheidet die Ukraine-Krise von 2014 grundlegend von der heutigen, neuen und wesentlich verschärften Ukraine-Krise.

Die reale Kriegsgefahr geht sowohl in der medialen Darstellung wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung aus mehreren Gründen unter.

Um die Schwäche der Friedensbewegung zu verstehen, muss man vor allem an dem Niedergang der Debattekultur ansetzen. Wir haben uns deshalb eingehend mit den Entwicklungen der letzten Jahre befasst, wobei der Begriff „Cancel Culture“ näher zu beleuchten ist. Die mittlerweile friedenspolitisch schwankende Haltung der Partei DIE LINKE ist gleichfalls in diesem Kontext zu sehen.

Ähnlich gelagert ist in diesem Sinne auch die Rezension von **Leo Ensel** zu dem Buch von Gabriele Krone-Schmalz „Respekt geht anders“.

Notwendig ist dabei eine differenzierte Sicht auf die neuen sozialen Bewegungen statt pauschaler Diffamierung aller Akteure. Dieses ist nur möglich durch einen intensiven Dialog im Sinne des „Miteinander reden“ statt „Über andere reden“.

In dem Beitrag von **Erhard Crome**, der bereits beim (leider nur virtuellen) bundesweiten Friedensratschlag 2021 die friedenspolitisch relevanten Passagen des Koalitionsvertrages analysierte, werden auch die thematischen-inhaltlichen Herausforderungen für die Friedensbewegung deutlich.

Bei der (gleichfalls virtuellen) Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5.12.2021 wurde verabredet, dass terminlich gekoppelt mit der Verabschiedung des **Bundshaushaltes 2022** ein dezentraler Aufklärungs- und Protesttag gegen Militarisierung und für Abrüstung angesetzt werden soll.

Auf die anstehenden Proteste gegen die **Münchner Sicherheitskonferenz** weisen wir auf der letzten Seite dieser Ausgabe hin.

Ein zentrales Thema bleiben nach wie vor die **Atomwaffen-Proteste**, wobei die Rolle Deutschlands bei anstehenden UNO-Konferenzen zum Vertrag zur Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen sowie dem Atomwaffenverbotsvertrag eine wesentliche Rolle spielen.

Karl-Heinz Peil

Weltpolitik am Scheidepunkt?

von Alexander S. Neu, Politologe, früherer MdB DIE LINKE

Die Eskalation zwischen dem Westen einerseits und Russland sowie China andererseits gewinnt immer mehr an Dynamik. Hintergrund dieser zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen ist der Epochenbruch:

Die unipolare Weltordnung ist passé, die multipolare im Entstehen. Gerade die Übergangsphasen gelten als konfliktreich, da die an Macht verlierenden Akteure ihren objektiv feststellbaren Macht- und den damit einhergehenden Gestaltungsverlust nicht bereit sind hinzunehmen und die neuen Kraftzentren ihrerseits immer weniger bereit sind, sich weiter den materiell überkommenen Hegemonialstrukturen unterzuordnen.

Realitäten und machtpolitischer Realitätsverlust

Im Westen haben wir es in diesem Kontext mit einer gravierenden Disharmonie von Realitätsperzeption und Realität zu tun. Diese Disharmonie besteht darin, dass auf der einen Seite die immer noch handlungsbestimmenden auf Unipolarität ausgerichteten Denkstrukturen der 1990er und Nullerjahre vorherrschen.

Auf der anderen Seite schwächen sich die ökonomischen sowie militärischen und somit politischen Machtpotentiale, die die materielle Basis der westlichen Überheblichkeit darstellen, ab. Der relative Verlust der materiellen Basis wird zu kompensieren versucht mit einer westlichen Hypermoral, die zumindest und zunächst die zivilisatorische Hegemonie absichern soll.

Dieser „zivilisatorischen Hegemonie“ kommt die Funktion zu, möglichst viele Staaten in das westliche Lager zu ziehen, um auf diese Weise China und Russland partiell zu isolieren und damit diesen die Hegemoniefähigkeit zu nehmen.

„Gipfel der Demokratie“ als Gipfel der Konfrontation

Der von den USA kürzlich einberufene virtuelle „Gipfel der Demokratie“, ist nicht nur ein ganz besonderer Aus-

weis westlicher Hybris, sondern ein maßgeblicher Schritt in dieser Strategie. Diese spaltet – und das ist auch seitens der USA so gewollt – die Welt. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Nur wenige der Protagonisten westlicher Werte – bis auf ein paar linksliberale Wertekämpfer vielleicht – betrachten diese Werte als Selbstzweck.

Die Wertepredigt gegenüber nicht-westlichen Drittstaaten hat vor allem eine instrumentelle Funktion im Kampf um globale Hegemonie: sie soll die eigene Bevölkerung an der Heimatfront auf Linie bringen.

Aber die Akzeptanzverweigerung des eigenen relativen Machtverlustes findet selbstredend nicht nur auf der Softpower-Ebene (Werte) statt. Vielmehr wächst die Bereitschaft auch wieder, die materielle Basis zu stärken – zumindest dort, wo es noch geht –, um die Uhr anzuhalten oder gar zurückzudrehen. Und in welchem Bereich geht dies? Im militärischen.

NATO: Nur bei Rüstung und Propaganda Spitze

Deutlichster Ausdruck sind die massiven Erhöhungen der Militärhaushalte der NATO-Mitgliedsstaaten (2 Prozentziel BIP). Bereits jetzt betragen die Militärausgaben der NATO-Mitgliedsstaaten das 15 bis 16-Fache dessen, was die Russische Föderation für Verteidigung ausgibt.

Hinzu kommen auf beiden Seiten wachsende Manövertätigkeiten sowie kriegerische Maßnahmen unterhalb der militärischen Schwelle (Handels- und Sanktionskriege, Propagandakriege mit massiven Dämonisierungsgehalt und „Hybride Kriegsführung“).

Ein besonderes Special westlicher Hybrider Kriegsführung sind allerdings die „farbigen Revolutionen“, wie besonders erfolgreich in der Ukraine praktiziert.

Zum Bestandteil des westlich hegemonialen und imperialen Selbstverständnisses gehört nicht nur die arrogante Ablehnung, mit anderen Staaten auf Augenhöhe zu interagieren, son-

dern auch ihnen das Recht abzusprechen, legitime Sicherheitsinteressen zu verfolgen.

NATO-Osterweiterung als Kern des Konflikts

So wird die Dislozierung russischer Kräfte nahe der Westgrenze Russlands als Bedrohung der Ukraine, ja, sogar des gesamten Westens verurteilt, da die Ukraine ja bereits zum politischen Westen gehöre.

Abgesehen davon, dass die Truppen rund 350 Kilometer von der nächstgelegenen ukrainischen Grenze entfernt sind (entspricht etwa der Entfernung von Hannover nach Frankfurt/Oder) wundert es schon, dass die im Baltikum und Polen seit 2016 stationierten *Enhanced Forward Presence-NATO-Kräfte* keiner Erwähnung wert sind – wobei sie doch von Russland als Bedrohung wahrgenommen werden könnten.

So ist die im litauischen Rukla stationierte Bundeswehr nur rund 160 Kilometer von der belorussischen Grenze entfernt und nur rund 150 Kilometer von der Grenze zum russischen Kaliningrad. Auch in der Ukraine und im Schwarzmeerraum tummeln sich NATO-Kräfte und mehren sich NATO-Manöver.

Beide Seiten beschuldigen sich der Eskalation durch Truppenverlegung in grenznahe Bereiche und durch Großmanöver. Beide Seiten argumentieren auf plausible Weise, die Truppenverlegungen und Manöver fänden auf ihren Territorien statt, was zunächst zutreffend ist.

Aber erstens ist die Ukraine nicht Mitglied der NATO. Und zweitens hat die NATO entgegen dem Versprechen gegenüber der damaligen sowjetischen Führung – entsprechende Äußerungen sind auch medial festgehalten – sich nach Osten erweitert und beabsichtigt dies auch weiterhin zu tun. Damit verlagert die NATO ihre militärische Infrastruktur Richtung Russland und nicht umgekehrt.



Der deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher und der US-Außenminister James Baker am 2.2.1990 in Washington: *"Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht das Nato Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt nicht nur für die DDR sondern ganz generell."* Quelle: YouTube

„Open Door“? - Selektive Osterweiterung der NATO

Die NATO rechtfertigt ihre „open door“-Politik, also ihre Erweiterung, mit den Wünschen der osteuropäischen Staaten, dem Bündnis beitreten zu wollen, gemäß der Charta von Paris. Nun, das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte der Wahrheit ist, dass in den osteuropäischen Ländern, die nicht unbedingt der NATO oder den sogenannten euro-atlantischen Strukturen beitreten wollen, gerne auch nach geholfen wird, den Westen zu lieben:

Der Putsch in der Ukraine zu Gunsten eines prowestlichen Regimes, die massive Unterstützung prowestlicher Politakteure in Moldawien, im ehemaligen Jugoslawien oder auch Belorussland bis hin zum „betreuten Regieren“ durch Anwesenheit westlicher Botschafter, insbesondere US-Botschafter, in den Kabinettsitzungen in diesen Ländern.

Und natürlich ist die NATO nicht gezwungen, weitere Staaten in ihr Bündnis aufzunehmen. Sie kann Aufnahmebegehren auch ohne „Wenn und Aber“ ablehnen. Wenn es der NATO um Sicherheit und Stabilität in Europa ginge, müsste sie nicht nur ihre Erweiterung stoppen, sondern sich sogar zu Gunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitsraum auflösen.

So wurde auch in der Charta von Paris festgehalten: *„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei*

der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.“

Aber die NATO schafft keine gemeinsame Sicherheit, sondern geteilte Sicherheit – neue Mauern und Gräben in Europa. Und genau deshalb generiert die NATO Unsicherheit bis an den Rand eines Krieges. Sie braucht Spannungen und Eskalation als Lebenselixier, andernfalls obsiegen die zentrifugalen Kräfte. Leider beteiligen sich auch europäische Re-

gierungen entgegen ihren objektiven Interessen an der Eskalation. Entweder verstehen sie die Tragweite ihres Handelns nicht, oder aber sie schüren bewusst diese Unsicherheit – bis zum Showdown.

OSZE: System der kollektiven Sicherheit existiert

Um gemeinsame Sicherheit zu schaffen, müsste die NATO entweder zu Gunsten eines neuen kollektiven Systems gegenseitiger Sicherheit im OSZE-Raum aufgelöst werden oder aber ersatzweise Russland und andere postsowjetische Staaten in Gänze aufnehmen, so dass keine unterschiedlichen Sphären der Sicherheit mehr bestehen.

1994 trat Russland der von der Nato initiierten *"Partnerschaft für den Frieden"* bei, der sich auch die mittlerweile zur Nato gehörenden osteuropäischen Staaten angeschlossen hatten. Und noch in der 1997 zwischen der Nato und Russland abgeschlossenen Grundakte heißt es:

"Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken."

Moskau könnte ja mal einen Aufnahmeantrag in die NATO stellen. Es wäre sicherlich amüsant zu beobachten, wie in der NATO-Zentrale in Brüssel sowie in den westlichen Hauptstädten Schnappatmung und Schweißausbrüche über Tage hinweg anhielten, bis ein Wording kreierte wird mit dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg ganz überzeugend erklärt, warum

Russland – und eigentlich auch nur Russland – nicht beitreten könnte. Denn mit einem Beitritt Russlands zur NATO wäre Sinn und Zweck der Militärallianz obsolet.

Wesenszweck der NATO ist ja nicht die Einbindung Russlands in einen gemeinsamen Sicherheitsraum im Sinne der Charta von Paris, sondern, Russland quasi NATO-Osterweiterung – also durch Aufnahme anderer osteuropäischer Staaten – zu isolieren und aus Europa hinauszudrängen. Bestenfalls Russland wie in den 1990er Jahren sogar zu einem partiellen Anhängsel des Westens zu degradieren.

Russlands neue Initiative als Verbote einer Offensive?

Und da Russland durch die forcierte Osterweiterung bis an die russischen Grenzen, durch die Verlagerung militärischer Infrastruktur und durch Zunahme an Manövern unterschiedlicher Qualität und Quantität sich in die Ecke gedrängt fühlt, fordert die russische Regierung Maßnahmen zur politischen und militärischen Deeskalation, bevor es zu einem tatsächlichen Krieg zwischen der NATO und Russland kommt, dessen Tragweite und Dimension einschließlich nuklearer Einsatzszenarien man sich lieber nicht vorstellen möchte.

Nun kann man Russland unter Putin sicherlich nicht vorwerfen, in der Vergangenheit nicht die Hand zu einem kooperativen Verhältnis ausgestreckt zu haben: Angefangen von seiner Rede im Bundestag 2001, über die Initiative von Medwedew 2008, die einen gemeinsamen Sicherheitsraum unterbreitete bis hin zu kleineren Kooperationsbekundungen im gegenseitigen Interesse.

Alles war vergeblich, wurde nicht ernst genommen oder als perfider Trick Putins, der damit die NATO-Kohäsion schwächen wolle, abgetan. Selbst Nordstream 2 wird zu einer geopolitischen Raffinesse Putins, mit der er Europa spalten wolle, reduziert.

Was fordert Russland nun nach dem Gespräch mit dem US-Präsidenten Biden? Sicherheitsgarantien! Russland fordert Sicherheitsgarantien von der NATO. Das heißt, Russland stellt sich nicht einmal in Opposition zur NATO, sondern fordert lediglich, dass die NATO Russland nicht weiter auf die

Pelle rückt, was unweigerlich zur militärischen Konfrontation führe.

Russische Forderungen im Detail

Die russischen Forderungen zeigen, dass Russland die NATO akzeptiert, sie aber auf Distanz halten will – sprich neutrale Pufferstaaten.

Stop der „Open door“-Politik, also der NATO-Osterweiterung des Bündnisses.

Keine Dislozierung von Waffensystemen in Russland benachbarte NATO-Staaten oder Nicht-NATO-Staaten, die das Territorium Russlands gefährden könnten. Stand NATO 1997, was die Dislozierung von schweren Waffensystemen in die NATO-Beitrittsstaaten betrifft. Beendigung von NATO-Truppenstationierungen im post-sowjetischen Raum.

- Keine Militärmanöver beider Seiten nahe der NATO-Russland Kontaktlinie. Die genaue Distanz wäre zu vereinbaren.

- Koordination einer maximalen Annäherung von Militärflugzeugen und Schiffen, um Zwischenfälle vor allem im Ostseeraum und dem Schwarzen Meer zu vermeiden.

- Erneuerung der Dialogforen zwischen den Verteidigungsministern Russlands und den USA bzw. Russlands und der NATO.

- Beitritt der USA zum russischen Moratorium der Stationierung von Kurzstrecken und Mittelstreckenraketen sowie Einführung eines gegenseitigen Verifikationsregimes.

Russische Politik: Drohungen oder Gegenreaktionen?

Erstaunlich ist die Entschlossenheit, mit der die russische Seite die Forderungen formuliert. Was steckt dahinter? Sieht sich Russland soweit in die Ecke gedrängt, dass es früher oder später einen militärischen Schlagabtausch als unvermeidbar betrachtet? Und denkt Russland dementsprechend taktisch nach der Devise, besser früher als zu spät? Vielleicht schließt Russland seinerseits einen Präventivschlag in welcher Dimension (konventionell oder auch nuklear) auch immer nicht mehr aus, insbesondere, wenn die Ukraine immer weiter zum Aufmarschgebiet

der NATO gemacht wird?

Oder sind die neuen russischen Waffensysteme, insbesondere die Hyperschallwaffen in Qualität und Quantität soweit gereift und massenhaft einsetzbar, dass die russische Führung glaubt, die USA, die über diese neuartigen Waffensysteme noch nicht verfügen, soweit unter Druck setzen zu können, dass die USA sicherheitspolitische Konzessionen machen müssen, wenn sie keinen Krieg in Europa riskieren möchten?

Bemerkenswert ist wie in einer Kombination von Gelassenheit und Empörung über die russischen Forderungen westliche Medien und Politiker reagieren: Die Forderungen werden zurückgewiesen mit Argumenten, Russland solle sich nicht in das NATO-Ukraine-Verhältnis einmischen. Oder Russland habe kein Mitspracherecht, oder Russland habe kein Recht auf Einflusszonen – unausgesprochen: nur der Westen hat das Recht.

NATO gefangen in der eigenen Propagandablase

Die Äußerungen und Zurückweisungen der russischen Forderungen nach einer Sicherheitsgarantie seitens der westlichen Politik, befeuert von journalistischen Schreibtischstrategen, verweist auf die oben eingangs ausgeführte gefährliche Mischung aus Fehlperceptionen globalpolitischer Entwicklungen und westlicher Hybris, man brauche weder Arrangements mit anderen Großmächten, weil es sie nicht gibt, noch müsse man dem Völkerrecht folgen, wo der Westen doch ein eigenes universell gültiges Ordnungssystem, die „regelbasierte Ordnung“, etabliert hat, dem sich alle anderen unterzuordnen haben.

Sollte sich die westliche Außen- und Sicherheitspolitik nicht aus ihrer selbstgeschaffenen und selbstherrlichen Blase befreien, und zu seriösen Verhandlungen im Sinn und Geiste ge-



Der ukrainische Präsident Selenski beim Treffen mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg in Brüssel am 16.12.2021, Foto: Nato.int

meinsamer und ungeteilter Sicherheit übergehen, gibt es hinreichend Gründe für eine sehr pessimistische Entwicklung. Europa träte sehr düsteren Zeiten entgegen – und das nicht erst in zehn Jahren.

Wenn selbst zutiefst überzeugte Transatlantiker mit hoher außen- und sicherheitspolitischer Expertise einen Aufruf „**Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland**“ am 5. Dezember 2021 veröffentlichen, zeigt das, wie weit die Eskalation vorangeschritten und Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung real geworden ist. Jene Transatlantiker mit einem noch halbwegs klaren Blick für Realpolitik scheinen kalte Füße zu bekommen.

Kein Krieg wegen Ukraine!

Generäle und Friedensforscher: Eskalation beenden, militärische Mittel abschließen, Sicherheit für beide Seiten

[...] Wir drohen in eine Lage zu geraten, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt. [...]

Ziel muss es sein, Russland und auch die NATO wieder aus einem konfrontativen Kurs herauszuführen. Es bedarf einer glaubwürdigen Russlandpolitik der NATO und der EU, die nicht gutgläubig-naiv oder beschwichtigend, sondern interessengeleitet und konsequent ist. Jetzt ist nüchterne Realpolitik gefragt. [...]

*Quelle: Karenina.de –
Petersburger Dialog Online (7.12.2021)*

Kiew zündelt mit US-amerikanischer Deckung

von Ulrich Heyden, Moskau

Der nachfolgende Beitrag erschien am 13.12.2021 auf Nachdenkseiten.de und wurde hier leicht gekürzt.

Russische Politiker und Kommentatoren konnten der Video-Konferenz zwischen Wladimir Putin und Joe Biden viel Positives abgewinnen. Aber der Chef des russischen Generalstabs, Waleri Gerassimow, traut den Freundlichkeiten während des Putin-Biden-Gesprächs nicht. Am 9. Dezember kündigte Gerassimow vor ausländischen Militärattachés an, „jegliche Provokation der ukrainischen Macht, die Regulierung des Donbass-Problems militärisch zu entscheiden“, werde „unterbunden“.

Einen ganz anderen Akzent setzte die Moskauer Nesawisimaja Gaseta. Sie berichtete über das Treffen Putin-Biden unter der Überschrift „In den russisch-amerikanischen Beziehungen öffnete sich ein Fenster der Möglichkeiten“. Wie kam es zu dieser Einschätzung, die von vielen anderen russischen Kommentatoren geteilt wurde?

- Joe Biden sprach bei sich bei dem Gespräch mit Putin für „die Umsetzung des Minsker Abkommens“ von 2015 und „die Unterstützung des Normandie-Formates“ aus.

- Im neuen US-Verteidigungsbudget sind keine weiteren Sanktionen gegen North Stream 2 und russische Spitzenbeamte vorgesehen.

- Joe Biden wurde von Falken in Washington für seinen freundlichen Umgang mit Putin gerügt.

Doch neben diesen Äußerungen, aus denen russische Kommentatoren Hoffnung für eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise schöpften, gibt es weitere gefährliche Entwicklungen.

- Präsident Biden droht mit schmerzhaften Sanktionen bei einem „Angriff Russlands auf die Ukraine“. Er droht mit der Aufkündigung des SWIFT-Zahlungsverkehrs, mit weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine und der verstärkten Entsendung von US-Truppen in osteuropäische Nato-Mitgliedsländer.

- Biden erklärte am 9. Dezember zwar, eine Entsendung von US-Truppen in die Ukraine stehe „zurzeit nicht

zur Debatte“. Ausdrücklich ausschließen will Biden diesen Schritt aber nicht.

- Auch ist zu befürchten, dass, wenn sich die USA in den Minsker Friedensprozess einschalten, dieser Prozess völlig zum Erliegen kommt, weil Forderungen zur Realisierung des Minsker Abkommens nur an Moskau, aber nicht an Kiew gestellt werden.

USA wollen Russland und China nicht in ein Bündnis treiben

Hinter den diplomatischen Freundlichkeiten vonseiten des US-amerikanischen Präsidenten steht nach Meinung der Moskauer Nesawisimaja Gaseta die Absicht, Russland und China nicht in ein Bündnis treiben. Für die USA sei „Peking der größte ökonomische und politische Konkurrent im 21. Jahrhundert“. Moskau werde „nicht als unmittelbare militärische Bedrohung gesehen“.

Die USA träten zurzeit mit einem Doppelgesicht auf, schreibt das Blatt. In der US-Administration gäbe es „ein Tauziehen zwischen den Anhängern einer harten Linie gegenüber Russland – zu diesen gehört die stellvertretende Staatssekretärin Victoria Nuland, die zu den russophoben Neokonservativen gehört – und gemäßigteren Vertretern eines Dialogs wie dem Präsidentenberater für nationale Sicherheit, Jake Sullivan, der den Kontakt mit dem Sekretär des (russischen) Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, hält“. Man könne aber nicht ausschließen, so das Blatt, dass es hier nur um ein Rollenspiel geht: „Nuland als ‚böser Polizist‘ und Sullivan als ‚guter‘.“

Kiew provoziert erneut mit Schiff vor der Krim-Brücke

Soviel steht fest: Kiew, dessen Politik von den USA bestimmt wird, hat nach dem Gespräch Putin/Biden am 7. Dezember alles dafür getan, den Konflikt mit Russland weiter anzuheizen.

Am Abend des 9. Dezember, als Biden den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski anrief, um ihm über das Gespräch mit Putin zu berichten,

bewegte sich ein ukrainisches Marine-Schiff mit dem symbolträchtigen Namen „Donbass“ bis auf 40 Kilometer an die Meerenge von Kertsch heran, ohne mit dem russischen Grenzschutz, der die Durchfahrt durch die russische Meerenge kontrolliert, Kontakt aufzunehmen. Kaum war die Videokonferenz Putin/Biden beendet, drehte das ukrainische Schiff „Donbass“ Richtung Heimathafen Mariupol ab.

Die Meerenge von Kertsch verbindet das Asow-Binnenmeer und das Schwarze Meer. Die Meerenge ist überwölbt von einer Brücke, welche seit 2018 das russische Festland mit der russischen Halbinsel Krim verbindet.

Kiew will Moskau als Aggressor vorführen

Was wollte Kiew mit der Entsendung des Schiffes „Donbass“ erreichen? Offenbar wollte Kiew vor der Weltöffentlichkeit Muskeln zeigen und klarmachen, dass es mit dem friedlichen Ton, den Biden gegenüber Putin anschluss, nicht einverstanden ist. Kritik an diesem freundlichen Ton kam auch aus den baltischen Staaten.

Der Vorfall vom 9. Dezember mit dem ukrainischen Marine-Schiff erinnert an den November 2018, als der ukrainische Präsident Petro Poroschenko zwei Schnellboote und ein Lastschiff der ukrainischen Marine in Richtung der Meerenge von Kertsch schickte. Auch damals weigerten sich die Besatzungen der ukrainischen Schiffe, Kontakt mit dem russischen Grenzschutz aufzunehmen.

Der russische Grenzschutz begann, die ukrainischen Schiffe nach mehreren Vorwarnungen zu beschießen. Es kam auf den Schiffen zu leichten Verletzungen. Die Schiffe wurden von Russland beschlagnahmt, die Besatzungen festgenommen und später in die Ukraine abgeschoben.

Die Ukraine selbst ist zu schwach, um ihre Interessen gegen Russland militärisch durchzusetzen. Dass einzige Mittel, das Kiew bleibt, ist, militärische Zwischenfälle anzuzetteln, mit denen man versucht, Hilfe von Nato-

Staaten und westlichen Medien zu erzwingen.

Russischer Politologe: „Die Uhr läuft“

Während des Zwischenfalls vor der Meerenge von Kertsch am 9. Dezember dieses Jahres schrieb der kreml-nahe Politologe Sergej Markow auf Facebook: „Schon bald kann Russland mit sehr ernststen Maßnahmen beginnen, indem es militärische Gewalt anwendet. Die Uhr läuft vielleicht Tage, vielleicht Stunden.“ Wenn Russland von den westlichen Staaten nicht die von Putin geforderten Sicherheitsgarantien bekomme, könne Putin Fakten schaffen. *„Es kann sehr schnell zu einer Anerkennung der Republiken im Donbass kommen. Und der Garant dieser Entscheidung wird eine Einheit der russischen Streitkräfte an der Grenze sein.“* Mit „der Grenze“ meint Markow vermutlich die Grenze zwischen den „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk und der Zentralukraine. Eine Anerkennung der „Volksrepubliken“ durch Russland könne nur verhindert werden, „wenn die USA, die EU, Frankreich, Deutschland zum Abzug der ukrainischen Streitkräfte aus dem Donbass und der Erfüllung des Minsker Abkommens aufrufen“.

Russischer Journalist: „Der Kreml hat einen Plan“

Der russische Journalist Andrej Babizki, der für das Internetportal Ukrai-

na.ru aus Donezk berichtet, schrieb, offenbar habe Moskau „einen Plan“. Der Ton aus dem Kreml sei schärfer geworden. Der Journalist erinnerte daran, dass in den „Volksrepubliken“ schon 800.000 Bürger, die fast täglich den Beschießungen durch die ukrainische Armee ausgesetzt sind, einen russischen Pass haben.

Unterbinden könne man ukrainische Angriffe auf die Volksrepubliken – so Babizki – nur militärisch. Dazu müssten sich russische Truppen an der Grenze zwischen den Volksrepubliken und der Zentralukraine befinden.

Ein „Einmarsch in die Ukraine“, sei das dann nicht, wenn Russland die „Volksrepubliken“ zuvor als eigenständige Staaten anerkennt, so wie es nach dem georgisch-russischen Krieg 2008 mit den abtrünnigen georgischen Gebieten Südossetien und Abchasien geschah.

Ukrainische Drohnen gegen Zivilbevölkerung im Einsatz

Fast täglich kommt es an der sogenannten „Kontaktlinie“ – viele sagen auch Front – zwischen den „Volksrepubliken“ und der Zentralukraine zur Verletzung des Minsker Abkommens.

Am 11. Dezember meldete die Volkspolizei der Volksrepublik Donezk, in Orten entlang der Kontaktlinie auf der ukrainischen Seite seien neun militärische Fahrzeuge gesichtet worden, darunter T-80-Panzer und Wasilek-Minenwerfer. Die Stationierung schwerer

Waffen an der Kontaktlinie ist laut Minsker Abkommen verboten.

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, erklärte, Kiew bereite offenbar „einen Krieg oder eine ernste Provokation“ vor. Offenbar wolle die Ukraine Orte erobern, die im Grenzgebiet der Volksrepubliken zu Russland liegen.

Angriffen mit Drohnen – zum Teil primitiver Bauart – sind die „Volksrepubliken“ bereits seit mehreren Jahren ausgesetzt. Damit versucht Kiew, Angst in der Zivilbevölkerung zu schüren.

Am 2. April wurden dem fünfjährigen Wladislaw Dmitrijew im Dorf Aleksandrowskoje nicht weit von der Stadt Enakijewo durch einen von einer ukrainischen Drohne abgeworfenen Sprengsatz beide Beine abgerissen.

„Strategie der Spannung“ gegen russland-freundliche Zivilisten

Mit einer Strategie der Spannung will Kiew die prorussisch eingestellte Zivilbevölkerung aus den „Volksrepubliken“ vertreiben. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski erklärte im August in einer Fernsehsendung, die in die Volksrepubliken ausgestrahlt wird, unverblümt, wer sich „mehr Russland zugehörig fühlt, soll die Ukraine verlassen“.

Man muss wohl davon ausgehen, dass Putin diesen Zustand nicht mehr lange hinnimmt.

UN-Erklärung gegen Verherrlichung des Nazismus: USA und Ukraine dagegen

Die UN-Generalversammlung hat eine von Russland eingebrachte Erklärung zur Verurteilung des Nazismus, Neonazismus und Rassismus angenommen. Die USA und die Ukraine stimmten dagegen. Weitere 49 Länder, meist US-Verbündete, enthielten sich – auch Deutschland.

[...] In der von Russland eingebrachten und von mehr als 30 weiteren UN-Mitgliedern unterstützten Erklärung wird die Besorgnis über jede Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus zum Ausdruck gebracht. Dies schließt die Errichtung von Denkmälern ebenso ein wie das Abhalten öffentlicher Paraden zu Ehren von Waffen-SS-Kampfeinheiten des deutschen Militärs sowie die Verklärung von nationalen SS-Legionen in besetzten Ländern zu nationalen Befreiungsbewegungen.

Mit der Erklärung wird allen Staaten empfohlen, "gemäß ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung im Bereich der Menschenrechte" angemessene und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, "darunter in den Bereichen Gesetzgebung und Bildung, um Revisionen der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und Leugnung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen, die in der Zeit des Zweiten Weltkrieges begangen wurden, zu verhindern." [...]

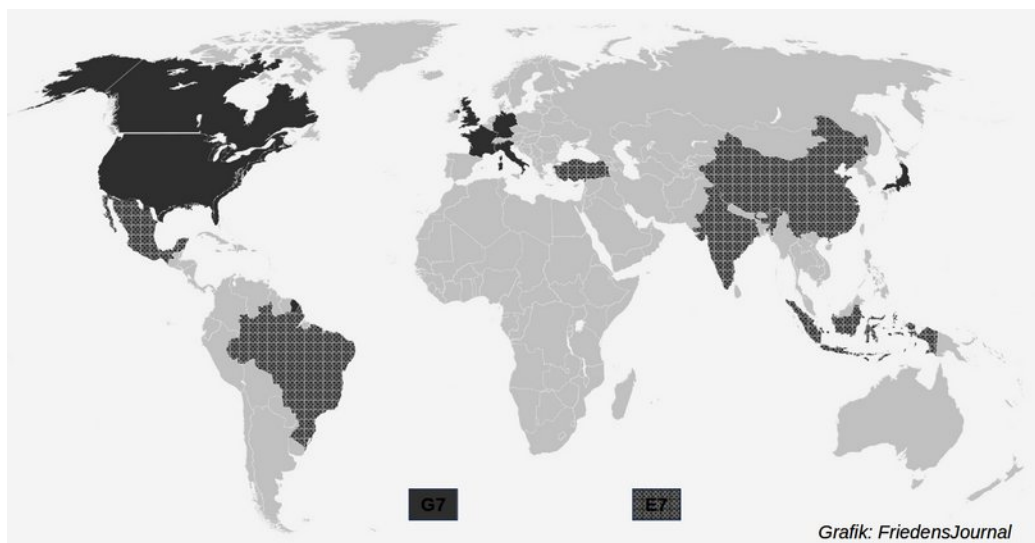
Auch wird festgestellt, dass Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung – wie "Neonazismus, Islamophobie, Christenfeindlichkeit und Antisemitismus" – nicht nur den jeweils betroffenen Gruppen, sondern der Gesellschaft im Allgemeinen schadet.

Spätestens seit dem Jahr 2015 bringt Russland bei der UN ähnliche Erklärungen ein, die von den USA wiederholt abgelehnt werden.

Quelle: RT DE (17.12.2021)

Machtpotenzial des Westens und der EU erodiert

Text: Redaktion German Foreign Policy, Tabellen und Grafik: FriedensJournal



Grafik: FriedensJournal

Das Potenzial der EU und ihrer Mitgliedstaaten für ihre globale Machtentfaltung erodiert und kann mit demjenigen der Vereinigten Staaten und Chinas nicht mithalten. Das bestätigen Angaben, die einem soeben publizierten "Power Atlas" des European Council on Foreign Relations (ECFR) zu entnehmen sind.

Demnach geht nicht nur die relative ökonomische Stärke der EU und Deutschlands systematisch zurück; auch beim Anteil der Großkonzerne mit starkem globalem Einfluss verliert die Bundesrepublik. Vorn liegt jeweils China.

In High-Tech-Branchen wie Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing, Robotik und ähnlichem dominieren die USA und China; die EU, stellt der ECFR fest, "hält nicht mehr mit". Dabei werde künftig die "Geopolitik von Ländern und Unternehmen beherrscht", die auf genau diesen Feldern herausragende Fähigkeiten besäßen.

Mit Abstand vorn liegen die westlichen Mächte, angeführt von den USA, nur noch beim Militär - beim Volumen

ihrer Militärausgaben, bei der Zahl der Militärstützpunkte im Ausland. Das Militär könnte deshalb zentrale Bedeutung beim Versuch des Westens erhalten, die schwindende globale Dominanz gegen China zu verteidigen.

E7 statt G7

Die globalen Kräfteverschiebungen, die längst begonnen haben und in den kommenden Jahren voraussichtlich andauern werden, lassen sich dem ECFR zufolge zunächst deutlich an wirtschaftlichen Kennzahlen ablesen.[1]

So nimmt das relative Gewicht der G7 - einst die größten westlichen Industrienationen - kontinuierlich ab; lag es um 1990 noch bei 50 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung (berechnet nach Kaufkraftparität), so bewegt es sich heute um 30 Prozent und wird laut Prognosen im Jahr 2050 nur noch wenig über 20 Prozent liegen.

Zugleich nimmt das Gewicht einer Staatengruppe, die zuweilen als "E7" bezeichnet wird, zu; die E7 ("emerging 7", "aufstrebende 7") setzen sich aus Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland und der Türkei zusammen. Ihre Wirtschaftsleistung lag 1991 bei nur 37 Prozent derjenigen der G7, hat inzwischen Gleichstand erreicht und wird um 2050 wohl rund die Hälfte der gesamten Weltwirtschaftsleistung ausmachen.[2]

Konnten die G7 ihre dominante Stellung in der Welt-

politik letztlich auf ihre ökonomische Stärke gründen, so wird das künftig nicht mehr möglich sein.

Dabei zeigt die Analyse, dass die G7-Staaten auch einzeln absteigen, die USA auf Rang 3 der Staaten mit der größten Wirtschaftsleistung der Welt (nach Kaufkraftparität) im Jahr 2050, Deutschland auf nur noch Rang 7. Lediglich Großbritannien steigt demnach auf - von Rang 10 auf Rang 9.

Das Hauptschlachtfeld

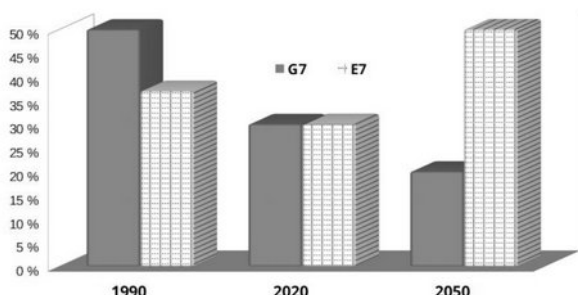
Das "Hauptschlachtfeld", auf dem die großen Mächte zur Zeit ihre Machtkämpfe austragen, ist dem ECFR zufolge "kein militärisches, sondern ein wirtschaftliches". Die ökonomischen "Waffen", mit denen die Mächte sich Vorteile zu verschaffen suchen, reichen demnach von Freihandelsabkommen über Strafzölle bis zu Wirtschaftssanktionen. Eine wichtige Rolle spielen Großkonzerne, die gegeneinander konkurrieren und sich Märkte und Einflusszonen sichern.

Wie der ECFR festhält, ist auf der Fortune Global 500-Rangliste der weltgrößten Konzerne inzwischen China das Land, das mit 124 Unternehmen am stärksten vertreten ist; im Jahr 2000 war es lediglich mit 10 Unternehmen auf der Rangliste verzeichnet.

Zugleich sind die USA von 179 Großkonzernen (2000) auf 121 (2020) gesunken, Japan von 107 auf 53, Frankreich von 37 auf 31, Deutschland von 37 auf 27.

Fortune Global 500-Rangliste	2000	2020
China	10	124
USA	179	121
Japan	107	53
Frankreich	37	31
Deutschland	37	27

Bei den **Sanktionen**, mit denen Staaten gegen ihre Gegner vorgehen - insbesondere auch auf ökonomischem Gebiet -, liegt der Westen allerdings weit vorn: Die USA haben gegen 29.116 Personen, Firmen und Organi-



sationen Strafmaßnahmen verhängt, die EU gegen 15.618. Freilich ist der Gebrauch direkter ökonomischer Gewalt mittels Sanktionen inzwischen kein Monopol der westlichen Mächte mehr:

Wie der ECFR konstatiert, greifen zunehmend andere Staaten zu Sanktionen gegen die EU und ihre Mitgliedsstaaten - neben Russland und China, die Gegensanktionen verhängt haben, zeitweise die Türkei mit einem Boykott französischer Waren.

"EU hält nicht mehr mit"

Eher schlecht positioniert sind die Staaten Europas, wie aus dem "Power Atlas" des ECFR hervorgeht, in der Finanzbranche, bei wichtigen Elementen der kritischen Infrastruktur sowie in der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die **Finanzmärkte** werden nach wie vor von den USA dominiert; zur Alternative zur US-Dollardominanz könnte sich auf lange Sicht womöglich der chinesische digital yuan entwickeln.

Bei den strategisch wichtigen Untersee-**Telekommunikationskabeln** liegen, was die privat kontrollierten Kabel anbelangt, die US-Tech-Konzerne vorn, während bei den staatlich kontrollierten Kabeln China am stärksten vertreten ist.

Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik beherrschen auch sonst die **High-Tech-Branche**. So standen im Jahr 2019 für 75 Prozent des Cloud-Computings, 75 Prozent aller Patente bei Blockchain-bezogenen Technologien und für 90 Prozent der Marktkapitalisierung der größten Digitalplattformen (USA: 68 Prozent; China: 22 Prozent). Europa liegt weit abgeschlagen zurück.

Ähnlich verhält es sich bei der Entwicklung und Nutzung **Künstlicher Intelligenz (KI)**, bei der laut dem ECFR mittlerweile China die Führung innehat. In Zukunft werde die "Geopolitik von Ländern und Unternehmen beherrscht", die herausragende Fähigkeiten in KI, Robotik, autonomem Fahren, Nano- sowie Biotechnologie, Quantencomputing und ähnlichen High-Tech-Branchen besäßen, heißt es im "Power Atlas". Es dominieren die USA und China, heißt es weiter; die EU "hält nicht mehr mit".

Die westliche Militärdominanz

Einen Vorsprung haben die westlichen Mächte vor allem noch beim Militär. Wie der ECFR konstatiert, stellen allein die Vereinigten Staaten gut 40 Prozent der globalen Militärausgaben in Höhe von 1,83 Billionen US-Dollar. Auf Aufwendungen Europas (ohne Russland) gehen laut dem Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) 17,5 Prozent aller Militärausgaben weltweit zurück.

Rechnet man das NATO-Mitglied Kanada oder Staaten wie Australien, Japan und Südkorea hinzu, dann kommen die westlichen Länder und ihre Verbündeten auf zwei Drittel der globalen Streitkräfteetats.[3] China liegt bei 10,6 Prozent, Russland bei 3,3 Prozent.

Staaten mit Militärausgaben	Globaler Anteil
USA	40%
Europa *)	17,5%
China	10,6%
Russland	3,3%
<i>Westliche Länder inkl. Kanada, Australien, Japan und Südkorea</i>	<i>ca. 2/3</i>

*) ohne Russland

Ähnlich verhält es sich bei den 100 größten Rüstungskonzernen der Welt:

100 größte Rüstungskonzerne der Welt	Aufaddierter Gesamtumsatz
USA	54%
Europa *)	21%
China	13%
Russland	5%

*) ohne Russland

An deren aufaddiertem Gesamtumsatz halten US-Konzerne 54 Prozent, europäische Konzerne (ohne Russland) 21 Prozent, chinesische Konzerne 13 Prozent, russische Konzerne 5 Prozent. [4]

Gewaltig sind die Differenzen auch bei der Zahl ausländischer Militärbasen.

Der ECFR nennt keine Detailangaben; allerdings liegen die Vereinigten Staaten mit weit über 90% sämtlicher ausländischen Militärbasen weit vorn.

Es folgen Großbritannien und Frankreich, die vor allem in Kolonien oder in einstigen Kolonien Stützpunkte unterhalten.

Russland verfügt über mehrere, China über eine Militärbasis im Ausland. Inzwischen kommen noch einige aufstrebende Staaten - etwa die Türkei oder die Vereinigten Arabischen Emirate - hinzu.

Cyberkriegsfähigkeiten

Partiell mithalten können europäische Staaten laut dem ECFR auch bei den Fähigkeiten zum Führen von Cyberkriegen. Dies zeigt der Think-Tank mit Hauptsitz in Berlin anhand eines Rankings, das das Belfer Center for Science and International Affairs an der Harvard Kennedy School (Cambridge/Massachusetts) entwickelt hat.

Das Zentrum wird zur Zeit vom ehemaligen US-Verteidigungsminister Ashton Carter geleitet. Es unterscheidet bei den Fähigkeiten zum Führen von Cyberkriegen zwischen solchen, die defensive Funktion, und anderen, die offensive Funktion haben.

Bei den defensiven Cyberkriegsfähigkeiten hält dem Belfer Center zufolge China den ersten Platz vor Frankreich, den Niederlanden und den USA.

Bei den offensiven Cyberkriegsfähigkeiten hingegen, mit denen man militärische Fähigkeiten oder auch die Infrastruktur eines feindlichen Staates zerstören kann, liegt die Volksrepublik nur auf Platz vier. Platz drei wird von Russland gehalten, Platz zwei von Großbritannien. Vorne liegen die USA.

Quellenverweise: siehe Homepage www.frieden-und-zukunft.de

Zum Vormerken:
Der nächste G7-Gipfel findet vom 26. bis 28. Juni 2022 in Schloss Elmau in den bayerischen Alpen statt.

Ampel-Koalition: Bekenntnisse zur NATO und Militarisierung

von Erhard Crome, Publizist

„Mehr Fortschritt wagen“, wurde der Koalitionsvertrag der drei zum Regieren fest entschlossenen Parteien SPD, Grüne und FDP überschrieben. Für die Außenpolitik gilt das augenscheinlich nicht. Er bestätigt die Faustregel, dass je größer der Staat, desto geringer das öffentliche Interesse an der Außenpolitik. Es sei denn, es scheint „Krieg in Sicht“. Nicht zuletzt durch westliche Politik wurden die Kriegsgefahren im 21. Jahrhundert größer.

Aber als gefährlich wird das in Deutschland nicht gesehen. Das zeigt sich bereits im Personal. War das für die BRD in Zeiten der Herbeiführung der Entspannung Willy Brandt, bei der Übernahme der DDR Hans-Dietrich Genscher, nach dem Kalten Krieg immerhin noch ein Frank-Walter Steinmeier, so ist jetzt Heiko Maas der Mann zum Abgewöhnen. Ob das in der Ampel-Regierung mit Annalena Baerbock noch unterboten werden kann, wird sich bald erweisen.

Prioritätensetzung

Im Koalitionsvertrag kommt das ebenfalls zum Ausdruck, die Außenpolitik rangiert weit hinten, ab Seite 130 bis Seite 157, von insgesamt 177 Seiten, nach „digitalem Aufbruch“, Klimaschutz, Arbeitswelt, Kindern und Familie, Bildung sowie Demokratie, unter dem Titel: „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“.

Ironisierende Betrachter aus Russland haben festgestellt, dass Russland gemessen an der Textlänge im Kapitel „Bilaterale und regionale Beziehungen“ mit 13,43 Prozent den meisten Raum einnimmt, gefolgt von China mit 11,48 Prozent, der „transatlantischen Partnerschaft“ mit 7,4 Prozent, Belarus mit 4 Prozent und der Ukraine mit 2,23 Prozent. Das wird inhaltlich aber nicht als Ausdruck von Freundlichkeit gegenüber Russland gewertet.

In China wird derweil diskutiert, ob sich das Land in seiner Entwicklung überhaupt noch davon beeinflussen lassen sollte, was im Westen darüber gedacht wird. Im Kern stehe, so Professor Shen Yi von der Fudan Universität (Shanghai), dass die westlichen

Mächte den Aufstieg Chinas nicht hinnehmen wollen, solange es nicht westlichen Modellen folgt.

„Systemwettstreit“

So ist im Koalitionspapier wieder die Rede von „verschärftem globalen Wettbewerb“ und „internationalem Systemwettstreit“, in dem Deutschland und die EU „ihre ökonomische Stärke“ neu begründen müssten und ihre „Werte“ entschlossen verteidigen. Es gehe um „Systemwettbewerb mit autoritär regierten Staaten“ und „eine strategische Solidarität mit unseren demokratischen Partnern“.

Weshalb sich die Welt in einem „Systemwettstreit“ befinde, während doch die Sowjetunion und ihre erklärt alternativen Gesellschaftsvorstellungen gegenüber dem real existierenden Kapitalismus der Vergangenheit angehören, und gegen wen denn diese „Werte“ verteidigt werden müssten, weil er sie angreift, bleibt auch dieses Papier schuldig.

Insofern spiegeln sich die Fehleinschätzungen zur Weltlage und die falschen konzeptionellen Ansätze der verschiedenen „Vordenker“, etwa von Alexander Graf Lambsdorff, der nun zu seinem Leidwesen nicht Außenminister wird, oder des zentralen Staatsinstituts SWP, auch in diesem Papier wider.

Der Unterschied ist nur, was dort Gegenstand von Experten-Diskussionen sein sollte, wird hier zur Regierungspolitik. Eine Außenpolitik, die intellektuell und strategisch von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, kann den Interessen des Landes und seiner Bewohner nicht gerecht werden.

„Systeme globaler Sicherheit“

Schauen wir den Koalitionsvertrag genauer an, fallen zunächst die Heucheleien und euphemistischen Halbwahrheiten ins Auge. So wird Deutschland als „verlässlicher Partner in Systeme

men kollektiver Sicherheit“ deklariert. Wären die UNO oder die OSZE gemeint, wäre das richtig. Die Formel findet sich jedoch im Abschnitt „Verteidigung und Bundeswehr“, das heißt hier geht es überhaupt um Bundeswehr und den „Einsatz militärischer Gewalt“. Kontext ist die NATO. Und die ist tatsächlich, auch wenn die Herrschenden in diesem Deutschland das seit 25 Jahren fälschlicher Weise behaupten, keine Einrichtung der „kollektiven Sicherheit“, sondern eine Organisation zu gemeinsamem Militäreinsatz, verheuchelt: „gemeinsamer Verteidigung“.

Ein System kollektiver Sicherheit schließt den tatsächlichen oder angenommenen Gegner stets mit ein, während sich ein System kollektiver Verteidigung gegen einen Dritten richtet. Das konnten wir bei den anti-russischen Positionierungen der NATO vor wenigen Tagen in Riga gerade wieder besichtigen. In diesem Sinne schreibt der Koalitionsvertrag die Lüge von der NATO als Organisation der „kollektiven Sicherheit“ fort.



Foto: Regine Ratke (ICAN Deutschland)

Atomwaffenfreie Welt?

Ähnlich beim Thema Atomwaffen. So heißt es: „Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt (Global Zero) und damit einhergehend ein Deutschland frei von Atomwaffen“. Der Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden war bereits eine Forderung der FDP unter Guido Westerwelle und Gegenstand des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP von 2009.

Die Forderung wurde später von Angela Merkel suspendiert. Jetzt erfolgt die Aufhebung im Koalitionsvertrag gleich mit. Die NATO wird erwar-

tungsgemäß zur „unverzichtbare[n] Grundlage unserer Sicherheit“ erklärt, das Bekenntnis „zur Stärkung des transatlantischen Bündnisses“ erneuert.

Das soll auch die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben, wie sie die Vorgängerregierungen zugesagt hatten, mit einschließen. Demgemäß heißt es zum Thema Atomwaffen: „Solange Kernwaffen im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.“

Zu gut Deutsch, Deutschland unterstützt nach wie vor die NATO-Position der Beibehaltung der Atomwaffen und will auch künftig bei der „Nuklearen Teilhabe“ mitreden. Das schließt sowohl die Beteiligung an den NATO-Befehlsstrukturen in Brüssel als auch das Vorhalten entsprechender Träger-Kapazitäten der Bundeswehr mit ein. Das Lippenbekenntnis zur atomwaffenfreien Welt ist nicht das Papier wert, auf dem es steht.

Menschenrechte

Ähnlich heißt es, die kommende Regierung setze sich „für den Schutz der Unabhängigkeit und autonomen Handlungsfähigkeit der Menschenrechtseinstitutionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)“ ein.

Die OSZE hätte nach dem Kalten Krieg, nach dem Ende des Warschauer Vertrages und nach einer erwarteten Auflösung der NATO zu einer echten

Regionalorganisation der kollektiven Sicherheit im Sinne der UNO-Charta werden können.

Da die Regierung der USA und ihre Förderaten in Westeuropa die Auflösung der NATO unbedingt verhindern wollten, wurde die OSZE zu einer Einrichtung zur Beaufsichtigung der Menschenrechtslage in Europa gemacht.

Das ist für sich genommen nichts Schlechtes, aber eine grundsätzliche Reduzierung der Rolle, die sie nach dem Ende der Systemauseinandersetzung hätte haben müssen. Auch dies wird mit dem Koalitionsvertrag fortgeschrieben.

Zukunft der EU

In Bezug auf die Europäische Union wird Deutschlands „besondere Verantwortung“ als größter Mitgliedstaat hervorgehoben. Es müsse „als Stabilitätsanker weiterhin seiner Vorreiterrolle in Europa gerecht werden“. Zur Zukunft der EU heißt es, sie solle „zu einem föderalen europäischen Bundesstaat“ weiterentwickelt werden.

Abgesehen davon, ob dies je das Bundesverfassungsgericht passieren würde, was nach dem Urteil zum Maastricht-Vertrag von 1993 zu bezweifeln ist, wird auch hier deutlich, dass die Herrschenden in Deutschland und der nun regierende modernisierte Teil ihrer politischen Klasse in der Auseinandersetzung mit den USA und China eine einheitlichere Handlungsfähigkeit der EU will.

Dazu dienen auch die anvisierte Stärkung des „EU-Außenministers“, die Abschaffung weiterer Hürden bei der Einstimmigkeit der EU-Beschlüsse und die Stärkung des „Europäischen Auswärtigen Dienstes“.

„Friedensförderung“

Während die Passagen zu Bundeswehr und Militär recht lang sind, haben die Koalitionäre für „Zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ ganze fünf Zeilen übrig. Die Ukraine, Georgien und Moldawien sollen stärker an die EU gebunden werden. Bei Lippenbekenntnissen „für eine verhandelte Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967“, zu der seit über 50 Jahren nie eine israelische Regierung bereit war, sowie „Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus“ ist die harte Aussage, die Sicherheit Israels sei „für uns Staatsräson“.

Die Formel, die Angela Merkel in die deutsche Außenpolitik eingefügt hatte, wird fortgeschrieben. In Bezug auf „einen zügigen Abschluss der Nuklearverhandlungen mit Iran“ gibt es nur Forderungen an die iranische Regierung. Die Obstruktionspolitik der US-Regierung auch unter Biden wird mit keinem Wort erwähnt.

Zu Afghanistan, Afrika und Lateinamerika gibt es nur warme Worte, zu China die bekannten Leerformeln von „Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität“. Desgleichen zu Russland. „Fortschritt“ wagt diese Regierung nicht.

Abschlussklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zum 28. Bundesweiten Friedensratschlag am 4.12.2021 (Auszug)

Von der neuen Regierungskoalition von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP ist kein Umsteuern in der Außen- und Militärpolitik zu erwarten. Der vorliegende Koalitionsvertrag gibt wenig Hoffnung auf eine Entspannungspolitik. Im Gegenteil, die aggressive Einkreisung Russlands und Chinas sollen verschärft werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen – trotz des verheerenden Afghanistan-Krieges – nicht beendet, sondern für die „Durchsetzung der regelbasierten internationalen Ordnung“ ausgeweitet werden. Besonders an der Westgrenze Russlands, in Afrika, aber auch im Pazifik und im Nahen Osten werden die Kriegsdrohungen lauter. Statt das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen zu stärken, wird weiter auf das „Recht des Stärkeren“ gesetzt. Die Koalition will mit ‚Strategischer Sou-

veränität‘ für die EU und mit der NATO als ‚Sicherheitspfeiler‘ die militärische Eskalation fortsetzen. Der Druck auf unabhängige Staaten soll mit Blockaden und Sanktionen weiter verstärkt werden. Damit wird die Weltflüchtlingskatastrophe, die vor allem in Kriegen unter Beteiligung von NATO-Staaten ihren Ursprung hat, zunehmen. [...]

Die Friedensbewegung fordert einen wirklichen Politikwechsel:

- Abrüsten statt Aufrüsten, Frieden und Kooperation, das geht nur mit einer neuen Entspannungspolitik und internationaler Zusammenarbeit.
- Rüstungsexporte müssen verboten werden, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen verschwinden, die Bundeswehr muss die Auslandseinsätze beenden.
- Statt Kriegspropaganda und Militarisierung fordern wir Zukunftsinvestitionen für eine internationale, gemeinsame Sicherheit.

Feindbilder und allgemeine Debattenkultur

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.

Angesichts der eskalierenden Kriegsgefahr drängt sich immer mehr die Frage auf: Wieso gibt es keine starke Friedensbewegung? Im Frühjahr 2014 bildeten sich immerhin aufgrund der damaligen Zuspitzung um die Ukraine zahlreiche örtliche Mahnwachen für den Frieden. Deren politisch diffuser Charakter bzw. die Versuche einer Vereinnahmung von rechtslastigen Kräften führten aber auch zu heftigen Kontroversen in der Friedensbewegung, die bis heute nachwirken. Dieses muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass über Pro und Contra Mahnwachen und dabei verwendete Schlagwörter wie „Querfront“ kaum direkte Gespräche im offenen Dialog geführt wurden.

Trotz der gegenüber 2014 noch wesentlich verschärften Kriegsgefahr – bei der wiederum die Ukraine eine Hauptrolle spielt – ist diese in der öffentlichen Wahrnehmung erschreckend wenig präsent. Eine zentrale Rolle spielt dabei der in den letzten Jahren erfolgte Niedergang der Debattenkultur.

„Cancel Culture“ als neue Wortschöpfung

Diese Entwicklung ist international zu beobachten und kann an dem aus den USA stammenden Begriff „Cancel Culture“ festgemacht werden. In Deutschland gibt es hierfür inzwischen sogar eine eigene Internet-Plattform mit dem Titel cancelculture.de, wo sich eine umfangreiche Sammlung der Umgangsformen gegenüber Einzelpersonen findet. Dort heißt es:

„Cancel Culture ist die Bezeichnung für eine Debattenkultur, bei der Meinungen nicht kritisiert, sondern unterdrückt werden.

Kritik, auch scharfe Kritik, ist der Kern jeder echten Debatte. Diffamierung, Drohung, Deplatforming, Sprachvorschriften, Zensur und vorseilender Gehorsam sind die Instrumente der Cancel Culture [...]

Cancel Culture ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und damit unabhängig von der politischen Stoßrichtung ein Problem. Derzeit überwiegen Fälle, bei denen Betroffene sich selbst im Meinungs-

spektrum eher rechts sehen oder von den Angreifern dort gesehen werden. Es gibt aber auch CC-Angriffe gegen links und solche, die sich im ohnehin brüchig gewordenen Links-Rechts-Schema schwer einordnen lassen.“

Diese Charakterisierung bezieht sich vor allem auf innenpolitische Debatten und aktuell im Streit um die deutsche Corona-Politik sowie dem medialen Umgang mit den massiven Protesten gegen eine Impfpflicht bzw. eine Bewertung der Impfgegner.

„Bewährte“ Kriegspropaganda mit Feindbildern

Außen vor bleibt dabei, dass vor allem Kriegspropaganda, wie sie aktuell (wieder) auf Hochtouren läuft, mit personalisierten Feindbildern arbeitet.



Bilder, die unsere Massenmedien vermitteln



- Haben wir ein neues Bild vom Krieg?
- Bilder als Waffe – zwischen Aufklärung und Desinformation
- Im Osten nichts neues: Alte Feindbilder, moderne Propaganda
- Deutsche Medien und ihre Leser: Meinungskluft um die Ukraine
- ARD-Hauptstadtbüro: Parteisch, unwahr oder halb wahr
- Der Israel-Palästina-Konflikt in den deutschen Medien
- „Embedded Journalism“ an der Heimatfront

Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Juli – Aug. 2014/Nr. 4

Beispielhaft wurde dieses zum Höhepunkt der Ukraine-Krise 2014 auf einem Titelfoto des Friedensjournals dargestellt, mit der medialen Darstellung von „Licht-“ und „Dunkel“gestalten der internationalen Politik.

Bereits damals fungierte „Kreml-Chef Putin“ (im obigen Titelbild rechts unten) als der Super-Bösewicht, wie man ihn ansonsten nur aus James-Bond-Filmen kennt. So werden natürlich auch jüngste Forderungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin (wie es im allgemeinen Sprachgebrauch eigentlich respektvoll heißen müsste) nur verzerrt kommentiert wie-

dergegeben. Was er tatsächlich zur Deeskalation des aktuellen Konfliktes rund um die Ukraine voll umfänglich gesagt hat, erfährt man nicht. Ganz zu schweigen von der Historie, wie z.B. dass Wladimir Putin 2001 im Deutschen Bundestag eine Rede hielt, die mit stehenden Ovationen von allen Abgeordneten aufgenommen wurde.

Debattenkultur in der Partei DIE LINKE

In der Partei DIE LINKE tobt seit längerem ein personenbezogener Streit, der nach dem Desaster der letzten Bundestagswahl noch an Schärfe zugelegt hat. Betroffen sind davon sowohl Prominente wie Sahra Wagenknecht als auch diejenigen, die vor allem friedenspolitisch bisher eine starke Stütze für die Friedensbewegung waren.

Über die Entwicklungen in ihrer Partei schrieb MdB Sevim Dagdelen am 17.12.21 in einem Kommentar für die *Junge Welt*:

„Kritik an Auslandseinsätzen der Bundeswehr wie an den Kriegen um Rohstoffe und geopolitischen Einfluss der USA und ihres Juniorpartners Deutschland unterbleibt. Statt dessen wird versucht, Die Linke als liberale Menschenrechtspartei aufzustellen, wobei die sozialen Menschenrechte etwa der über 800 Millionen Hungernden weltweit nicht mehr explizit hervorgehoben und Krieg als größte Menschenrechtsverletzung nicht mehr als Problem benannt werden.

[...] Die USA werden als Land, dessen prekäre Menschenrechtslage und mörderischen Rassismus Die Linke kritisiert, nicht mehr benannt. Statt dessen gilt die Sorge etwa der Presse- und Meinungsfreiheit in Nicaragua, Bürgerrechten in Russland oder Gewerkschaftsrechten in China.

Zum Verständnis dessen, was Sevim Dagdelen hier beklagt, muss man den Generationswechsel in der Mitgliederstruktur dieser Partei sehen. Dass diese mittlerweile einen starken Zulauf durch junge Mitglieder hat, ist auf den ersten Blick erfreulich. Allerdings ergeben sich damit auch zunehmend Defizite in der politischen Bildung.

Statt eines tiefer gehenden Verständnisses von politischen Prozessen mit den dahinter stehenden Interessen und dem Kontext historischer Entwicklungen, beschränkt sich politisches Engagement zunehmend auf moralisierende Positionierungen.

Friedenspolitische Debattenkultur und die AfD

Der Streit darüber, inwieweit von Friedensbewegten eine Abgrenzung nach rechts erfolgen muss, konzentriert sich mittlerweile verstärkt um den Umgang mit der AfD. Einerseits gibt es zwischen dieser Partei mit ihrer offen militaristischen und rassistischen Programmatik keinerlei Schnittmengen zur Friedensbewegung. Andererseits führt die zunehmende Äquidistanz gegenüber Russland durch die Partei DIE LINKE dazu, dass sich die AfD zunehmend als Opposition gegen eine anti-russische Außenpolitik profilieren kann.

Kritik im Bundestag findet sich dabei zwar auch noch stark vertreten in der SPD, auf Fraktionsebene aber mittlerweile nur noch bei den LINKEN und der AfD, letztere aber nur als Sprachrohr bestimmter Kapitalinteressen.

Bei der entscheidenden Frage nach dem aggressiven Charakter der Nato dürfte es künftig sogar überhaupt keine Fraktion im Bundestag mehr geben, die man als Rückgrat der Friedensbewegung ansehen könnte.

Covid-19-Impfgegner und demokratische Grundrechte

Die Ablehnung von Covid-19-Impfungen vereint ein breites Spektrum: Angefangen von klassischen Gegnern der Schulmedizin und Anhängern der Anthroposophie über berechtigtes Misstrauen gegenüber der Pharmaindustrie bis hin zum legitimen Beharren auf Eigenverantwortlichkeit.

Wer dieses pauschal als neoliberal individualistisch und gesellschaftlich unsolidarisch abqualifiziert, befürwortet in der Konsequenz letztlich auch Berufsverbote für Pflegekräfte, bei denen die Ablehnung von Covid-19-Impfungen stark ausgeprägt ist. Wohlgemerkt geht es hierbei nicht darum, wie man die deutsche Covid-19-Politik als solche im internationalen Vergleich bewertet, denn dieses ist auch im Umfeld

der Friedensbewegung sehr umstritten.

Differenzierte Sichtweise statt Cancel Culture!

Wenngleich durch die Abwesenheit von linken Kräften vor allem im Osten Deutschlands die AfD bei den Corona-Protesten mittlerweile eine starke Rolle spielt, muss man einen Blick auf dort vorgebrachte Forderungen richten. Beispielsweise finden sich bei der Bewegung „München steht auf“ folgende auf deren Homepage dokumentierte Ziele:

„Wie sehen wir die Zukunft

- Die Menschen überwinden friedlich ihre Differenzen und finden zu einer funktionierenden transparent kooperativen Gesellschaft zusammen.

- Die Menschen gehen achtsam miteinander um.

- Medien und Politik gehen respektvoll sowohl miteinander als auch mit der Bevölkerung um.

- Die Moralkompetenz der Menschen ist wiederhergestellt.

- Es besteht ein vielfältiger öffentlicher Diskurs, der unsere Gesellschaft widerspiegelt.

- Angestellte und Arbeiter in den sozialen Berufen werden als wichtige Bausteine unseres Zusammenlebens gewürdigt.“

Neue soziale Bewegungen auch in anderen Ländern

Auch in anderen Ländern haben sich in den letzten Jahren neue soziale Bewegungen herausgebildet, wie z.B. die Ende 2018 in Frankreich entstandene und sofort als rechtslastig verschriene Gelbwestenbewegung. Überhaupt nicht thematisiert wurde hierzulande hingegen, dass diese Bewegung massiver Polizeigewalt ausgesetzt und damit einer massiven Beschneidung demokratischer Grundrechte ausgesetzt war.

Die Kritik an der staatlichen Pandemiepolitik hat bereits 2020 zu Massenbewegungen in mehreren Ländern geführt. Aus Italien gibt es dazu eine interessante Analyse, die in einem Gespräch mit dem Autorenkollektiv Wu Ming (Jungle World vom 11.11.21) dokumentiert ist. Darin heißt es:

„In ihrem Bestreben, sich von diesen Demonstrationen zu distanzieren, hat

eine gewisse Social-Network-Linke ihre Verachtung für persönliche Freiheiten, die als »bürgerliche« Freiheiten gelten, zur Schau gestellt.

Man muss vorsichtig sein, welche Begriffe man in abwertender Weise verwendet. Individualismus und Egoismus sind eine Sache; die Sphäre der Autonomie, die jeder Mensch genießen muss, ist eine andere.

Ohne diese Unterscheidung kommt es zu einer schrecklichen Verwirrung und wir enden damit, dass wir den Autoritarismus befürworten, noch dazu in einem kapitalistischen Kontext, ohne auch nur den Vorwand der Diktatur des Proletariats!

Wichtig ist vor allem, dass diese Art der Pandemiebewältigung die kollektive und soziale Dimension angreift, die Beziehungen zwischen den Menschen. »Freiheit« bedeutet in diesem Zusammenhang auch die Freiheit, gemeinsam zu leben, zu streiten, zu demonstrieren.

Sich darauf zu beschränken, dies alles als »faschistisch« zu bezeichnen, ist zumindest ein Zeichen von ideologischer Verblendung.“

Fazit: Ohne Dialogfähigkeit keine Friedensbewegung!

Die „alte“ Friedensbewegung hat nur eine Chance, wenn der notwendige Generationswechsel sich in einer offenen Debattenkultur vollzieht. Ansatzweise ist dieses bisher nur in der Kampagne *Stopp Air Base Ramstein* der Fall. Das jährliche Friedenscamp im Rahmen der sommerlichen Aktionswoche vor Ort, war im letzten Jahr auch Debattenraum rund um „Corona“, was in diesem Jahr gleichfalls zu erwarten ist.

Aufklärung über Faschismus und dessen Zusammenhang mit Krieg und Kriegsvorbereitung erreicht man jedoch nicht, indem man die Protestierenden gegen die offizielle Corona-Politik pauschal als Nazis und Antisemiten verteufelt.

Ein aufklärerischer und emanzipatorischer Anspruch muss zu aller erst gegen den dramatischen Niedergang der Debattenkultur durchgesetzt werden. Nur damit lässt sich auch für größere, politisch sensibilisierte Bevölkerungskreise vermitteln, welche dramatische, globale Kriegsgefahr derzeit besteht.

„Respektvoll streiten!“ – Vorschläge für ein zerrissenes Land

von Leo Ensel, Trainer für interkulturelle Kommunikation, Konfliktforscher und freier Publizist

Gabriele Krone-Schmalz: Respekt geht anders – Betrachtungen über unser zerstrittenes Land. Verlag C.H. Beck, München 2020, 174 Seiten, 14,95 Euro



Ein Buch der ehemaligen Moskau-korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz ist, obwohl kaum besprochen, zum Bestseller geworden.

Die Kluft zwischen Journalisten der Leitmedien und „Lügenpresse!“ grölenden Demonstranten ist mittlerweile unüberbrückbar. Arroganz auf der einen, abgrundtiefes Misstrauen auf der anderen Seite. Eine auf Argumenten basierende sachliche Debatte, beispielsweise zwischen Kritikern bestimmter Maßnahmen der staatlichen Corona-Politik und deren Befürwortern, erscheint kaum noch möglich.

Drastische verbale Attacken gegen Ungeimpfte in den Kommentaren der Tagesthemen und Fackelaufzüge vor dem Privathaus einer Ministerin, gar Morddrohungen gegen einen Ministerpräsidenten signalisieren den dramatischen Niedergang einer zivilisierten Streitkultur, ohne die kein Gemeinwesen auf Dauer fortbestehen kann.

Und die Polarisierung zwischen sogenannten ‚Russland- bzw. Putin-Verstehern‘ und den über 90 Prozent des Establishments, die die offizielle Politik

bestimmen bzw. via Medien und Think Tanks publizistisch und fachlich promovieren, ist seit Jahren völlig festgefahren. Wer es auch nur wagt, für einen Moment die Perspektive der russischen Seite einzunehmen und zu erläutern, gilt postwendend als Spion und Verräter, bestenfalls als naiv. Die Auseinandersetzungen – sollten sie überhaupt noch stattfinden – gleichen den Grabenkämpfen im Ersten Weltkrieg. Und dies sind nur drei der gegenwärtig herausragendsten Beispiele.

Die Krise der Debattenkultur

Charakteristisch für die Lagerbildungen ist nicht zuletzt auch, dass sie mittlerweile feste Narrative samt passendem ‚Wording‘ kreiern haben. Und dies gilt nicht nur für das sich epidemiologisch ausbreitende Gendersternchen, inklusive – wer bestimmt die eigentlich? – ‚korrekter‘ Aussprache oder die bandwurmartig anwachsende Formel von den (Stand Dezember 2021) LGBTQI*-Menschen. Wer von „Flüchtlingen“ spricht, erweist sich als Reaktionär, mit „Geflüchteten“ dagegen ist man (noch) auf der sicheren Seite. Ein bestimmtes Land östlich von Polen wird seit Sommer letzten Jahres in den Öffentlich-Rechtlichen und anderen Leitmedien ausschließlich als „Belarus“ bezeichnet, „Weissrussland“ nehmen nur noch die Putin- oder gar Lukaschenko-Knechte in den Mund.

Und dem ‚Wording‘ wohnt meist eine Tendenz zur Selbstradikalisierung inne, wie nicht nur die oben genannte Bandwurmformel oder die Karriere des geschlechterintegrativen Binnen-I, das über den Unterstrich zum Gender*Sternchen oder neuerdings zum Doppel:punkt mutierte, demonstriert. Wer sich auf das gewagte Feld der sogenannten ‚Political Correctness‘ begibt, findet sich schnell auf Glatteis wieder. Was heute als „woke“ gilt, kann morgen schon als rassistisch oder sexistisch entlarvt werden.

Wie auch immer: Ein Gemeinwesen, das nur noch aus isolierten, wie die Leibniz’schen „fensterlosen Monaden“ gegeneinander abgekapselten, Filterblasen besteht, wird zunehmend dia-

logunfähig und polarisiert sich auf Dauer bis zur Schmerzgrenze – im schlimmsten Falle bis zu dem Punkt, wo Hass in physische Gewalt umschlägt.

Mechanismen der Polarisierung

Die ehemalige Russlandkorrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, hat bereits im Herbst 2020 ein Buch vorgelegt, dessen Anliegen es ist, dieser verhängnisvollen Tendenz entgegenzuwirken. Ihr Band „Respekt geht anders – Betrachtungen über unser zerstrittenes Land“ ist ein leidenschaftliches Plädoyer für eine zivilisierte Streitkultur, jenseits des aktuellen aggressiven gesellschaftlichen Klimas, dessen Amplitude sich mittlerweile von Selbstgerechtigkeit und Intoleranz über die persönliche Verunglimpfung Andersdenkender bis zum reinen Kampfmodus spannt. Das Echo in den Qualitätsmedien war, sagen wir es so: überschaubar. Die Anzahl der Rezensionen hielt sich in engen Grenzen, was bei einer Bestsellerautorin zwar ungewöhnlich ist, allerdings durchaus auch als unfreiwillige Bestätigung ihrer Gesellschaftsdiagnose gelesen werden kann.

Umso bemerkenswerter und ermutigender, dass dieser schmale, aber gehaltvolle Band bereits seine dritte Auflage erlebt. Teile unserer Gesellschaft scheinen offenkundig auch ohne große Medienpromotion für diesen Weckruf noch erreichbar zu sein. Es ist wie mit den 80 Prozent der Deutschen, die sich aller Stimmungsmache der Leitmedien zum Trotz seit Jahren für ein besseres Verhältnis zu Russland aussprechen: Die öffentliche Meinung ist auch hier viel weiter als die veröffentlichte.

Die Autorin beschreibt in nüchternem Ton und einfachen Worten anhand zahlreicher Beispiele die Mechanismen der Polarisierung, die die Debattenkultur in Deutschland zunehmend bestimmen. Es sind dies im Wesentlichen: ein Denken in binären Alternativen, eine überdramatisierte Weltansicht, eine moralisierende Aufladung des Diskurses, die selbst Sachthemen in Gut-Böse-Schemata presst,

sowie die Diffamierung und Ausgrenzung Andersdenkender. Eingebettet wird diese Diagnose in eine Analyse der Krise der Medien, die sich zu Internetzeiten rasanter als jemals zuvor zu „Aufmerksamkeitshändlern“ entwickeln. Schauen wir uns exemplarisch das Denken in binären Alternativen etwas genauer an.

Entweder – oder

Gabriele Krone-Schmalz geht von einer Annahme aus, die auf den ersten Blick überraschen mag: *„Unsere gesplante Gesellschaft ist sich im Grunde über die großen Ziele einig. Die Menschen wollen Frieden und keinen Krieg, sie wollen weder unter extremen Hitzeperioden noch unter Stürmen oder anderen Wetterextremen leiden, und sie wollen mit ihren Lieben ein auskömmliches Leben führen. Große, erstrebenswerte Ziele, die aller Mühen wert sind, sich jeden nur denkbaren Gedanken darüber zu machen, wie man sie am besten erreichen kann.“*

Hat man sich diesen unausgesprochenen Grundkonsens einmal klar gemacht, fällt es erheblich leichter, zu vielen polarisierten Debatten eine etwas gelassener Distanz einzunehmen und den lautstark kommunizierten falschen Alternativen nicht auf den Leim zu gehen. Denn man kann, wie die Autorin überzeugend ausführt, zum Beispiel „Fridays for Future“ begrüßen, ohne sie gleich heilig zu sprechen; für Gleichberechtigung kämpfen, ohne jedes Wort mit einem Sternchen zu verwenden; eine offene Einwanderungspolitik fordern, ohne die Kontrolle über die Grenzen aufgeben zu wollen; sich der deutschen Vergangenheit stellen, ohne permanent mit gesenktem Blick durch die Gegend zu laufen. Und man kann (könnte!) auch – wenn man das will (wollen würde) – gute Beziehungen zu Polen und zu Russland unterhalten.

Statt dessen werden, so Krone-Schmalz, im öffentlichen Diskurs Ideen, Vorschläge und Überlegungen, je nachdem aus welchem Lager sie kommen, reflexartig verklärt, verteufelt oder erst gar nicht zur Kenntnis genommen. In der Folge *„schaukeln sich die Auseinandersetzungen auf, und diejenigen, die das ‚Sowohl-als-auch‘ mitdenken und sich um Verständigung bemühen, werden beiseitegeschoben, eben*

weil sie sich nicht sklavisch auf eine Seite stellen wollen.“

Ein Denken in den Kategorien von ‚Entweder-oder‘ befördere zwangsläufig die Polarisierung. Damit werde eine Unversöhnlichkeit suggeriert, der bei genauerer Betrachtung die Grundlage fehle. *„Demgegenüber enthält sein Widerpart, das ‚Sowohl-als-auch‘ in sich schon den Kompromiss und bietet die Chance, die unterschiedlichen Lager zusammenzuführen, indem es Widersprüche integriert.“* Kompromisse aber *„sind das Schmiermittel der Demokratie. Ohne Kompromisse kann unser politisches System nicht funktionieren.“*

Der gesunde Menschenverstand

Man sieht, es geht der Autorin nicht darum, Differenzen zuzukleistern. Es besorgt sie allerdings, *„wenn Alarmismus und Hysterie die Diskussion wichtiger Themen bestimmen statt zivilisierter Streit um belastbare Standpunkte und wenn im öffentlichen Diskurs allzu schnell Einigkeit herrscht und abweichende Positionen medial kaum noch vorkommen.“*

Das Gleiche gelte, wenn Meinungen zwar geäußert werden können, ihre Urheber aber vom jeweils anderen Lager ausgegrenzt und diffamiert werden. Man müsse sich aber von der Angst befreien, vor falsche Karren gespannt zu werden. Denn: *„Wo führt es hin, etwas unter den Teppich zu kehren, nur weil man befürchten muss, Beifall von der ‚falschen‘ Seite zu bekommen? Ränder und Extreme einer Gesellschaft werden gestärkt und die Mitte noch weiter geschwächt.“*

Man solle sich mit Gelassenheit gerade mit denjenigen an einen Tisch setzen, deren Verhalten man glaube kritisieren zu müssen. Gelassenheit aber, zitiert die Autorin Marie von Ebner-Eschenbach, *„ist eine anmutige Form des Selbstbewusstseins“.*

Mit diesem längst überfälligen Buch erweist sich Krone-Schmalz, einmal mehr, als der ‚fleischgewordene gesunde Menschenverstand‘ und man fragt sich beim Lesen unwillkürlich immer wieder, warum bislang niemand diese naheliegenden Gedanken formuliert und in die Welt gesetzt hatte. (Nebenbei: Was sagt es eigentlich über die Debattenkultur eines Landes aus, dass

diese Frau im Frühjahr 2014 im Zuge des Ukraine Konflikts von den Leitmedien, bei denen sie jahrzehntelang gearbeitet hatte, massiv attackiert wurde – nur weil sie die einseitige Schuldzuschreibung an Russland nicht mitmachte?)

Konkrete Utopie

Das lakonische Fazit der Autorin: *„Respektvoll streiten – das wär’s doch!“* Nehmen wir es für einen Moment einfach mal beim Wort und nutzen wir hierzu die weihnachtlich versöhnliche Grundstimmung aller Orten. – Also:

Wie wäre es eigentlich, wenn sich Kritiker und Verteidiger der Corona-Maßnahmen – mit gebührendem räumlichen Abstand und FFP2-Maske, versteht sich – mal zusammen an einen Runden Tisch setzen und einen auf Argumenten basierenden rationalen Diskurs starten würden? Wechselseitiges Zuhören und Nachfragen würde nicht schaden!

Und wäre es völlig undenkbar, wenn Vertreter der Leitmedien für einen Moment ihre Berührungängste überwinden und gemeinsam mit Journalisten der maßlos verteufelten „Russlandmedien“ wie RT DE und SNA-NEWS ein Streitbares, aber lösungsorientiertes Gespräch zur Frage beginnen würden, wie der Westen und Russland aus der gegenwärtigen Eskalationsspirale herausfinden können? Immerhin dürften alle sich darin einig sein, dass es im ‚Worst Case‘ bei einem mit Massenvernichtungswaffen geführten Krieg auf beiden Seiten keine Überlebenden mehr geben wird.

Ginge das? Und das nicht nur zur Weihnachtszeit? Oder wäre dies völlig ‚otherworldly‘? Man muss sich ja nicht gleich um den Hals fallen! Es ginge lediglich, um ein letztes Mal mit Krone-Schmalz zu sprechen, um eine *„Streitkultur, die zwischen sachlicher Argumentation und persönlicher Beleidigung zu unterscheiden weiss“.* (Unter zivilisierten Menschen eigentlich eine Selbstverständlichkeit.)

Der Rezensent schließt mit einer Empfehlung des Physikers und Philosophen Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799) aus seinen berühmten Sudelbüchern: *„Wer zwei Paar Hosen hat, mache eins zu Geld und schaffe sich dieses Buch an!“*

Aufruf zum Protest gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“ 2022

Auszüge aus dem Aufruf



Foto: Anti-Siko-Demo 2015
Quelle: www.antisiko.de

Afghanistan lehrt aufs Neue: Nie wieder Krieg – war und ist die richtige Lösung

Der Krieg der NATO in Afghanistan hat hunderttausenden Menschen das Leben gekostet, ein verwüstetes und verarmtes Land hinterlassen und gleichzeitig den Terrorismus weiter befördert.

Statt die richtigen Konsequenzen zu ziehen und in Zukunft auf Militärinterventionen zu verzichten, fordern führende deutsche und europäische Politiker*innen, die militärischen Fähigkeiten der EU weiter voranzutreiben, um zukünftig – auch unabhängig von den USA – militärisch handlungsfähig zu sein. Auf der kommenden „Münchner Sicherheitskonferenz“ soll das der zentrale Themen-Schwerpunkt sein.

Auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) geht es nicht um Sicherheit

Auf der SIKO, die vom 18. bis 20. Februar 2022 stattfindet, versammeln sich Staats- und Regierungschefs sowie Politiker*innen – vorwiegend aus den NATO-Staaten – mit Spitzenmilitärs, mit Vertreter*innen von Großkonzernen, u.a. der Rüstungsindustrie, und Geheimdiensten.

Ihnen geht es nicht um die Sicherheit der Menschen, weder hier noch anderswo auf der Welt. Ihnen geht es

um die Sicherung der strategischen Vormachtstellung westlicher kapitalistischer Staaten und ihrer Konzerne.

Die „SIKO“ dient vor allem als Werbepattform der NATO, aktuell der Strategie 2030, sowie Rechtfertigung der Milliarden Rüstungsausgaben Deutschlands und der EU und ihrer Kriegseinsätze, die sie der Bevölkerung als „Friedensmissionen“ verkaufen.

Die neue Bundesregierung: Neue Farben – alte Politik

Die Militär- und Rüstungsausgaben Deutschlands wurden in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Die neue Ampel-Koalition will entsprechend der „Außenpolitischen Empfehlungen“ der SIKO- Veranstalter diesen Aufrüstungskurs fortzusetzen.

Sie will die Militärausgaben weiter erhöhen, bewaffnete Kampfdrohnen für die Bundeswehr anschaffen, an der Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland festhalten und für den Einsatz durch die Bundeswehr, neue Atomwaffen-Trägerflugzeuge für 8 Mrd. Dollar in den USA ein- kaufen. Zudem soll die militärische Aufrüstung der EU weiter voran getrieben werden.

Die zunehmende Militarisierung Deutschlands und der EU dient nicht dem Frieden, ebenso wenig wie der brandgefährliche Konfrontationskurs gegen Russland und die VR China, die jederzeit militärisch eskalieren und zum Krieg zwischen den Atommächten führen können.

Fluchtgründe beseitigen statt Flüchtende bekämpfen

Kriege, Klimawandel, bittere Armut, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen treiben Millionen Menschen zur Flucht. Nur wenige von ihnen erhalten in Deutschland Asyl.

Die Bundesregierung ist für die meisten dieser Fluchtgründe mitverantwortlich. Ungerechte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Sanktionen

und Krieg zerstören die Lebensgrundlagen in den Ländern des Globalen Südens. Doch Deutschland und die EU schotten sich ab, treiben Flüchtende unter Missachtung der Menschenrechte illegal zurück, und lassen jedes Jahr Tausende im Mittelmeer ertrinken. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

Schluss mit der ausbeuterischen Wirtschaftspolitik, die Kriege, Armut und Flucht verursachen. Unsere Solidarität gehört den Flüchtenden, insbesondere denen, die vor den Kriegen fliehen, die mit deutschen Waffen geführt werden. Flucht ist kein Verbrechen. Kein Mensch ist illegal.

Jugend braucht Perspektive – nicht Krieg

Die Friedensbewegung und fortschrittliche Jugendverbände protestieren seit Jahren gegen Perspektivlosigkeit und Krieg. Während es immer weniger Arbeitsplatzsicherheit gibt, die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden und die Reallöhne sinken, stellt sich die Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber dar und tritt in Schulen, auf Messen und in sozialen Medien auf.

Sie lockt mit Technik-Faszination und Studien- und Ausbildungsplätzen. Das muss aufhören! Die Jugend soll nicht im Krieg verheizt werden! Deshalb fordern wir: Bildung statt Bomben. Kein Werben fürs Sterben! Mehr zivile Ausbildungsplätze und bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen! Geht mit uns auf die Straße für Abrüstung und gegen Kriegsvorbereitung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit denen, die vor Krieg, Hunger und der Zerstörung ihrer Heimatländer fliehen, und für einen demokratischen, sozialen und ökologischen Umbau, um die Natur und das Klima zu retten.

Kommt zur Demonstration
am Samstag, den 19.
Februar 2022 um 13 Uhr in
München am Stachus
AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE
NATO-SICHERHEITSKONFERENZ